1. **ENTGELTGLEICHHEIT**

BEISPIEL: Politiken wie die Entgeltsgleichheit zwischen Mann und Frau begründen einen Trade-off. Begründen Sie,

a) was unter „trade-off“ zu verstehen ist, *nennen sie zwei weitere Beispiele* und

b) nennen Sie sowohl Vor- als auch Nachteile dieser Sozialpolitik.

**Trade-off**  
Dilemma-Situation zwischen verschiedenen Politiken, umgekehrte Proportionalität  
Trade off zwischen Solidarität und Lissabon-Strategie in der Strukturpolitik  
Trade off zwischen Ethik und Ökonomik in der Gesundheitspolitik

**Contra**:  
- trade-off zu allokativer Effizienz

- Maßnahmen supranationaler Sozialpolitik eher weich (Kommissionsinitative 40%)

- Abfallen der Fertilitätsraten, falls zeitlich nicht Kinderbetreuung etc. ausgebaut wird.  
- Wenn Humankapitaltheorie wahr, Entlohnung über GG-Lohn führt zu Arbeitslosigkeit.

**Pro**:

- Beendung von geschlechtsspezifischer Diskriminierung i.F.v. Entgeltungleichheit  
- Es gibt auch harte Steuerungsmodi (Diskriminierungsverbote durch Judizielle G)

- Höhere Entlohnung der Frau sorgt für mehr Kauft und laut Keynes mehr Beschäftigung

- traditionelles Rollenmuster und strukturelle Barrieren verhindern Eigenlösung

----

2. **MAKROÖKONOMISCHER DIALOG**

BEISPIEL: Erläutern Sie mögliche Effekte des „Makroökonomischen Dialogs“, den der Europäische Rat (1999) verabschiedete, auf die nationale Sozialpolitik.

**Makroökonomischer Dialog**:  
Institutionelle Vertreter aller makroökonomischen Akteure (Rat, Kommission, Sozialpartner, Notenbank-> fachlich als auch politisch) zusammen) •autonom , unabhängig •beschäftigen sich mit Fiskalpolitik, Geldpolitik und Lohnentwicklung-

**Motive**:  
- Wachstum durch Skalenerträge (allokative Effizienz 🡪 Vollendung des Binnenmarktes)  
- Generierung eines Pareto-Optimalen Zustandes  
- Abbau von Ungleichgewichten durch Harmonisierung von z.B. Lohnnebenkosten.

-Nachhaltigkeit von Beschäftigung, Preisstabilität und Wachstum.

Zunächst: Übergang zur gemeinsamen Geld- und Währungspolitik, auch für Akzeptanz

----

3. **LEGISLATIVE UND JUDIKATIVE GOVERNANCE**

BEISPIEL: Maßnahmen werden in der Regel durch die europäische Legislative oder auch im Konfliktfall durch den EuGH festgelegt. Begründen Sie als Berater, welche Ebene der Entscheidung aus rationalen Gründen vorzuziehen ist?

Pro-Legislative:  
- Durch die "weiche" Zusammenarbeit statt "harter" Gesetzgebung höhere Akzeptanz.  
- Politische Justiz: EuGH legt Rechtsbegriffe sehr weit aus, gehört sich nicht.  
- Legislative kann durch OMK auch außerhalb des Mandats agieren, j wirtschaftlich

Pro-Judikative:  
- Zur Gewährleistung konstitutiver Glubgüter wie Grund- und Mobilitätsfreiheit auf Faktormärkten harte Maßnahmen erforderlich

-

----

4. **VERTIEFUNG DER INTEGRATION**

BEISPIEL: Was bedeutet die Forderung nach einer „Vertiefung der Integration“? Begründen Sie, welche Konsequenzen für nationale Sozialpolitiken sich daraus ergeben können.

-

----

**WEITERE FRAGEN**:

**5**. Welche Ziele verfolgt die in Lissabon verabschiedete **OMK**?

Substitut für fehlende politische EU-Mandate  
Informationsaustausch unter Nationen

­­Erarbeitung und Festlegung von Zielen durch EU-Richtlinien  
keine direkte Sanktionen, aber Anprangern (soft-law) bei Nichteinhaltung  
Ausarbeiten von m. b. Zielvorstellungen (best-practice)

**6**. Nennen Sie die wesentlichen Intentionen der **beschäftigungspolitischen Strategie** der Europäischen Union.  
1. Vollbeschäftigung  
2. Arbeitsplatzqualität  
3. Soziale Integration (z.B. von Frauen in den Arbeitsmarkt)

**7**. Es besteht die These, dass europäische Maßnahmen zur Sozialpolitik einen zusätzlichen **Nutzen für die Mitgliedstaaten** erzeugen. Begründen Sie anhand von Beispielen, ob aus neoklassischer Perspektive diese These korrekt ist.

Marktgleichgewicht 🡪Nutzenmaximierung